

Niederschrift

**über die Sitzung des Arbeitskreises der Haupt- und Personalleiter/innen (Nord) am
Mittwoch, dem 05. Juli 2006, im Sitzungssaal des Rathauses von Blankenburg (Harz),
Markt 8, 38889 Blankenburg**

Beginn: 10:00 Uhr

Ende: 13:15 Uhr

Teilnehmer: siehe anliegende Teilnehmerliste

Tagesordnung: siehe Einladung

Zur Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Tagesordnung

Der Bürgermeister von Blankenburg (Harz), Herr Schade, begrüßt die Teilnehmer der Sitzung des Arbeitskreises recht herzlich. Er bringt seine Freude über die Durchführung dieser Sitzung im Rathaus zu Blankenburg zum Ausdruck. Er verweist auf das Historische Wochenende am 17. August 2006, an dem viele Sehenswürdigkeiten in Blankenburg den Besuchern dargeboten werden, unter anderem das Große Schloss. Er würde sich freuen, wenn der eine oder andere Teilnehmer dieser Veranstaltung auch außerhalb der Dienstpflichten Blankenburg einen Besuch abstattet.

Im Anschluss daran eröffnet der Vorsitzende des Arbeitskreises, Herr Borchers, die Sitzung und stellt die Tagesordnung wie vorliegend fest.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 15.2.2006 in Magdeburg

Es erfolgt kein Einwand.

3. Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD)

**Einführung leistungsorientierter Entgeltbestandteile (Stufenaufstieg;
Leistungszulage, Leistungsprämie, Erfolgsprämie) – weiteres Verfahren**

Herr Liebenehm verweist darauf, dass dieser Punkt Thema in allen Arbeitskreisen des Verbandes war. Tarifrecht sei Sache des Arbeitgeberverbandes, in das nicht eingegriffen werden sollte. Aber bisher vorliegende Ergebnisse erweckten den Eindruck, dass es deutliche Zurückhaltung bei der Anwendung der neuen Instrumente gäbe. Es sei nicht möglich, zur Beurteilung von Leistungen im laufenden Jahr Vorbereitungen für die Einführung in 2007 zu treffen.

Fazit: 2007 werde die Verteilung nach dem „Gießkannenprinzip“ erfolgen; es werde zögerlich an die Umsetzung herangegangen.

In der Diskussion wird deutlich, dass es keine Klarheit darüber gibt, wie die Umsetzung erfolgen soll. In der Stadt Magdeburg liegen erste Ergebnisse einer Lenkungsgruppe Ende Au-

gust 2006 vor. Grundlage bilde dafür die Hinzuziehung des bestehenden Beurteilungssystems, was aber zu einer erheblichen Belastung der Leiter führe. Es werde damit gerechnet, 2007 eine Verteilung nach dem „Gießkannenprinzip“ vorzunehmen, weil es noch großer Überlegungen dafür bedürfe.

Herr Hell, Stadt Stendel, führt an, dass man sich dazu nach der Sommerpause mit dem Personalrat auseinandersetze. Er ist nicht für die Verteilung nach dem „Gießkannenprinzip“, sondern sei dafür, subjektive Erwägungen unberücksichtigt zu lassen und nachvollziehbare Messgrößen anzuwenden, z. B. Senkung des Krankenstandes, Teilnahme an Weiterbildungen. Diese Messgrößen würde er persönlich auf Bereiche anwenden, wobei sich das Problem aufwerfe, sicherzustellen, dass die Aufgaben für die einzelnen Bereich gleichwertig sind. Eine mögliche Lösung könnte sein, 2007 erst einmal mit wenigen und einfachen Dingen an die Sache heranzugehen und über Dienstvereinbarungen zum Laufen zu bekommen.

Herr Borchers merkt an, dass der Krankenstand auch ein Punkt in Magdeburg gewesen sei. Gibt aber dazu zu bedenken, dass es beeinflussbare und unbeeinflussbare Krankentage gäbe. Führt dazu als Beispiel Unfälle oder schwere Krankheiten an. Einbezogen werden könnte eventuell die Ausnutzung der Karenztage. Seiner Meinung nach sollten nicht einzelne Instrumente einbezogen werden, sondern ein ganzer Baukasten, der auch nachvollziehbar sei.

Frau Goldbeck aus der Stadt Quedlinburg berichtet, dass Mitte/Ende September die Durchführung einer Personversammlung vorgesehen sei, um erst einmal die Interessenlage der Beschäftigten zu erkunden auch mit dem möglichen Ergebnis, 2007 die Einführung leistungsorientierter Entgeltbestandteile gar nicht vorzunehmen.

Frau Goldbeck bemängelt, dass praxisbezogener Erfahrungsaustausch fehle. Hatte Hilfe seitens der KGSt erwartet, vielleicht auch speziell die Begleitung einer Arbeitsgruppe. Gibt den Hinweis auf die Durchführung eines 5-Tage-Bausteinlehrgangs des Studieninstitutes Braunschweig mit dem Ziel, die Erarbeitung von Dienstvereinbarungen zu begleiten.

Herr Liebenehm macht deutlich, dass es jetzt gelte, Voraussetzungen für die Einführung leistungsorientierter Entgeltbestandteile zu schaffen. Auch unter dem Gesichtspunkt, dass das Personal immer knapper werde und sich nicht nur die Amtsleiterebene mit dieser Thematik befassen müsse, sondern auch die Verwaltungsführung. Verweist auf den KGSt-Bericht, es müsse sich darauf hinbewegt werden, Ziele zu vereinbaren. Dafür müssten jetzt die Grundlagen geschaffen werden, dazu gehöre auch das regelmäßige Führen von Mitarbeitergesprächen. Basis sei, mit den Mitarbeitern Zielvereinbarungen abzuschließen. Für diesen jetzt schwierigen Übergangszeitraum sei die Bildung von Arbeitsgruppen zur Schulung der Führungskräfte sinnvoll. Seitens des Arbeitgeberverbandes würden Fortbildungsveranstaltungen angeboten werden – im Moment noch nicht für Personalsachbearbeiter - und es müssten mehr Informationen an die Verwaltungen herausgegeben werden.

Von *Herrn Goetz*, Stadt Wernigerode, werden die Dinge ähnlich gesehen wie in Stendal. Vorgesehen sei, im Dezember 2006/Januar 2007 die Dienstvereinbarungen zu unterschreiben, vorher sollte man wissen, um was es ginge. Der Personalrat würde so mit verfahren.

In Wernigerode würde man regelmäßig alle 4 Wochen in einer Projektgruppe zusammenkommen.

In der weiteren Diskussion von Mitgliedern des Arbeitskreises wird deutlich, dass die Einführung der Leistungsbezahlung Probleme in den Verwaltungsgemeinschaften bereitet. Konkret

wird dabei die Erarbeitung von Dienstvereinbarungen bei Erzieherinnen angesehen. Ein großes Problem werde auch im beachtlichen Zeitaufwand gesehen. Es wird mehr und mehr Informationsbedarf deutlich.

Herr Liebenehm äußert sich in diesem Zusammenhang noch einmal zur Thematik Fortbildungsveranstaltungen. Das Studieninstitut Magdeburg arbeite eng mit dem Studieninstitut Braunschweig zusammen. Er schlägt vor, dass sich die Mitglieder des Arbeitskreises an das Studieninstitut mit der Bitte zur Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen wenden. Er geht davon aus, dass es eines längeren Zeitraumes bedürfe, mit der Leistungsbezahlung umzugehen. Einiges müsse passend bzw. umgebaut werden. Erwartet, dass viele Kommunen im 1. Jahr nach dem „Gießkannenprinzip“ verfahren.

Weiterhin informiert Herr Liebenehm, dass der Arbeitgeberverband Pilotkommunen sucht, die Interesse bei der Einführung leistungsorientierter Entgeltbestandteile bekunden. Die Stadt Wittenberg habe bereits Interesse bekundet.

Herr Borchers zieht als *Fazit*:

- Handlungsleitfaden ist zu erstellen
- AG bilden mit Hilfe des Studieninstitutes SIKOSA
- Leitungsebenen sind zu sensibilisieren
- fester Tagesordnungspunkt in den Sitzungen des Arbeitskreises - Einführung leistungsorientierter Entgeltbestandteile

Herr Borchers sagt die Zustellung von Informationsmaterial aus Schleswig-Holstein über Herrn Liebenehm zu.

4. Konsolidierung der Personalhaushalte; Erfahrungsaustausch

Herr Liebenehm verweist dazu auf den Bericht des Landesrechnungshofes, wonach in den Kommunen für die Zukunft mehr ausgebildet werden müsse. Personalkostenreduzierung sei das eine, Personalentwicklung das andere. Das Problem sei erkannt und seitens des Innenministeriums mit aufgegriffen. Auch die Kommunen, die ihre Haushalte konsolidieren, sollten im gewissen Umfang ausbilden und einstellen.

Herr Borchers gibt dazu den Hinweis zur Überprüfung der freiwilligen Aufgaben und der Pflichtaufgaben.

In der Diskussion wird deutlich, dass die Einhaltung der Tarifverträge Probleme bereitet.

Der nächstfolgende Punkt 5 wird in die Diskussion mit einbezogen.

5. Ausbildung und Ausbildungsvergütung; Erfahrungsaustausch

Es wird über Erfahrungen in der Ausbildung berichtet.

Herr Hell, Stadt Stendal, würde sich eine Differenzierung in der Ausbildungsvergütung wünschen. Bringt als Beispiel im Vergleich die Ausbildung und den späteren Einsatz in unterschiedlichen Bereichen an.

Würde sich freuen, wenn aus diesem Kreis an den Arbeitgeberverband die Bitte zur Überprüfung herangetragen würde.

Zu dieser Thematik, weiß *Herr Borchers*, werde sich die Gewerkschaft ver.di nicht bereit erklären, zu verhandeln.

Herr Goetz, Stadt Wernigerode, spricht die Möglichkeit an, die Ausbildung zu privatisieren. Die Stadt Wernigerode habe Vereinbarungen mit Bildungsträgern zur Ausbildung von Veranstaltungskaufleuten.

Zu Vorgenanntem wird Interesse bekundet. *Herr Hell*, Stadt Stendal, und *Herr Goetz*, Stadt Wernigerode, erklären sich bereit, bis zur nächsten Zusammenkunft des Arbeitskreises gemeinsam Material aufzubereiten und zur Verfügung zu stellen.

6. Föderalismusreform und Beamtenrecht; Sachstandsbericht der Landesgeschäftsstelle

Herr Liebenehm informiert über die Zuständigkeit der Länder von

- Versorgungsrecht
- Laufbahnrecht
- Besoldungsrecht.

Zwei Aspekte seien dazu zu beachten – zum einen, die Absichten des Landes seien noch nicht bekannt und seitens des Finanz- und Innenministeriums auch noch nicht die Änderungen. Er äußert sich in diesem Zusammenhang zu den Ost-West-Angleichungen. Einen entsprechenden Gesetzesentwurf werde es geben. Es sei vorgesehen, zu Terminen beim Finanzminister und Innenminister die Novellierung des Beamtenrechtes anzusprechen.

Hinweis auf den Entwurf des Beamtenrechtsneuregelungsgesetzes – das ist der Rahmen für das, was das Land in der eigenen Gesetzgebung ändern müsse.

Es ist noch nicht bekannt, wie es mit der Beamtenbesoldung weiter geht. Es könne nicht ausgeschlossen werden, dass das Niveau in der Tendenz nach unten geht und in den Besitzstand eingegriffen werde.

7. Aktuelle Informationen der Landesgeschäftsstelle

Herr Liebenehm informiert nachfolgend

1. Hinweis auf „Kommunalnachrichten“ – Ausgabe Juni 2006
Urteil des Bundesgerichtshofes – keine Amtsträgerschaft von Ratsmitgliedern

- Gleichbehandlung kommunale Mandatsträger analog wie Mitglieder der Landtage und Mitglieder des Bundestages
2. Seitens des Arbeitgeberverbandes würden zurzeit Überlegungen zur engeren Zusammenarbeit zwischen Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen bis hin zu einer möglichen Fusion angestellt.

8. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

1. *Herr Goetz*, Stadt Wernigerode, spricht das Problem Alkohol am Arbeitsplatz an. Ausgangspunkt sei eine Information der Betriebsärztin über Alkoholprobleme einiger Kollegen gewesen, die aber nicht namentlich benannt wurden. Es soll nun eine Dienstanweisung erarbeitet werden.

Herr Borchers sagt die Zurverfügungstellung von Dienstanweisungen zu Alkohol, sexueller Belästigung am Arbeitsplatz und Mobbing am Arbeitsplatz über Herrn Liebenehm zu.

2. *Herr Hohl*, Stadt Bernburg, erkundigt sich nach dem Termin der Erarbeitung der Entgeltordnung zum TVöD.

Herr Liebenehm kann zum Stand keine Aussagen treffen. Die Verhandlungen führen die Arbeitgeberverbände.

3. *Herr Hohl*, Stadt Bernburg, spricht die Thematik Zusatzversorgungskasse bei der Ausgliederung von Mitarbeiterinnen bei der Übernahme der Kitas durch einen freien Träger an. Seitens der Zusatzversorgungskasse seien im Zusammenhang mit der Übergabe des Personals bestimmte Bedingungen geknüpft, die aber nicht definiert seien.

In diesem Jahre seien die Personalrücknahmeverpflichtungen auf das gesamte Personal erweitert worden. Hierzu gibt es Unverständnis und Klärungsbedarf.

Von den Anwesenden gibt es keinerlei Erfahrungen.

4. *Frau Caspari*, Gemeinde Nedere Börde, fragt nach Erfahrungen bei Telefonanbietern?

Hierzu wird in der Diskussion deutlich, dass im Moment eine verstärkte Werbung von den einzelnen Telefonanbietern erfolgt und sich die jeweilige Stadt, Gemeinde oder Verwaltungsgemeinschaft für die für sie günstigste Variante entscheiden sollte.

Herr Borchers gibt den Hinweis, bei der Suche nach dem günstigsten Anbieter zu bedenken, dass die Verfügbarkeit gewährleistet sein müsse, zum Beispiel Feuerwehr u.a.m.

5. *Herr Borchers* erkundigt sich, inwieweit bei den Anwesenden ein IT-Sicherheitsbeauftragter bekannt sei.

Es wird herausgearbeitet, dass dies nur für die Stadt Magdeburg zutreffe, da die Stadt mit dem Rechenzentrum verbunden sei.

Herr Hohl, Stadt Bernburg, möchte wissen, ob zu Vorgenanntem Vereinbarungen abgeschlossen werden könnten.

Herr Borchers sagt zu, sich diesbezüglich sachkundig zu machen.

6. *Frau Caspari*, Gemeinde Nedere Börde, fragt nach Erfahrungen von Angeboten mit Arbeitsagenturen, zum Beispiel Anbietern von Leistungen für Erzieher bei Urlaub oder Krankheit.

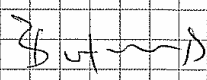
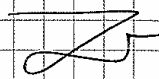
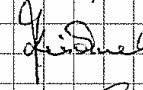
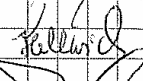
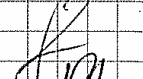
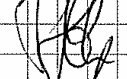
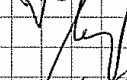
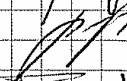
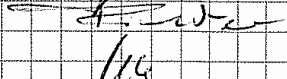
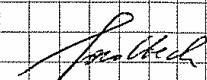
Von *Frau Kirchner*, VGM Hohe Börde – Irxleben, wird dazu geäußert, dass ihre Verwaltungsgemeinschaft solche Angebote in einzelnen Gemeinden nutze.

9. Zeit und Ort der nächsten Sitzung

Die nächste Sitzung des Arbeitskreises der Haupt- und Personalamtsleiter/innen (Nord) findet am Mittwoch, dem 15. November 2006, um 10.00 Uhr, in Möser, Brunnenbreite 7/8, statt.

Sitzung des Beirats des Haupt- und Personalausschusses (NBA)
 am 5.7.2006 in Blankenburg (Harz)

Teilnehmerliste

<u>Name</u>	<u>Stadt / VG</u>	<u>Unterschrift</u>
Borchers	MA	
Jante, D.	VGem Biederitz-Köser	
Caspari	Gemeinde Niedere Börde	
Kirchner	VGem. Hölse-Börde - Trebbin -	
Goetz	Stadt Wernigerode	
Hellwich	Stadt Blankenburg	
HELL	STEINBOCK	
Gbur	Staßfurt	
Holz	Salzwedel	
Heutling	Stadt Halbesleben	
Kneft	Stadt Schönebeck	
Richter	Stadt Schönebeck	
Holz	Stadt Bismberg (Halle)	
Goldbeck	Stadt Quedlinburg	
Liethmann	ISA	